

Pressemitteilung

Eisenach, 21. Januar 2023

Entwarnung und Warnung zugleich

Chefin der Eisenacher Versorgungsbetriebe sieht kaum noch Gefahr für Blackouts, kündigt aber stark steigende Preise an

Peter Roszbach

„Wir müssen aber, das ist absehbar, davon ausgehen, dass sich die Abschläge bei Strom und Gas bei einigen Kunden verdoppeln werden.“

Christiane Dörte Sperling.

Geschäftsführerin der Eisenacher Versorgungsbetriebe (EVB)

Eisenach. „Der milde Winter hat uns wohl gerettet. Eine Gasmangellage ist erst mal nicht so wahrscheinlich“, gibt die Chefin der Eisenacher Versorgungsbetriebe (EVB) ein bisschen Entwarnung beim Blick auf mögliche länger andauernde Versorgungsausfälle in Sachen Strom und Gas. Noch vor ein paar Wochen war Christiane Dörte Sperling da skeptischer, aber die lange Zeit milde Witterung habe geholfen. Allerdings hätten die 14 kalten Tage im Dezember auch gezeigt, wie schnell sich Gasspeicher leeren könnten. Derzeit gebe es aber für den kommunalen Versorgungsbetrieb eine gewisse Entspannung.

Allerdings gab Sperling während der Sitzung des Wirtschaftsbeirates der Stadt in dieser Woche auch zu bedenken, dass sich mit den Abrechnungen und neuen Abschlagszahlungen für Gas und Strom den Kunden erst das wahre Ausmaß des Preises zeige, „den wir zahlen müssen“. Da räche sich heute, dass in den vergangenen zehn Jahren in der Politik die Versorgungssicherheit völlig ausgeblendet worden sei.

Die Berechnungen für die neuen Abschläge sind in Bearbeitung, die Schreiben an die rund 23.000 Stromkunden, etwa 6207 Gaskunden und 230 Fernwärmebezieher gehen im Februar raus. „Wir müssen aber, das ist absehbar, davon ausgehen, dass sich die Abschläge bei Strom und Gas bei einigen Kunden verdoppeln werden“, so Sperling.

Langjährige Kunden kommen in der Regel etwas besser weg

Bestandskunden der EVB kämen dabei dank längerer Verträge meist etwas besser weg. Und bei der Fernwärme sehe es ein wenig anders aus – derzeit günstiger -, weil dort die Bezugswege der EVB andere seien und die aktuellen Preise auch schneller auf die Kundenrechnungen durchschlagen würden.

Dass an den Börsen und Energiemärkten die Gaspreise gerade niedriger seien, werde den Endverbrauchern aber erst im Jahr 2024/2025 zu Gute kommen. „Das Gas, das wir jetzt verkaufen und liefern, mussten wir 2022 zu den damaligen hohen Preisen einkaufen. Da gibt es immer ein bis zwei Jahre Versatz“, so Sperling

Die von der Bundesregierung beschlossenen Preisbremsen für Gas und Strom seien aus ihrer Sicht gut. Dennoch setzten diese Preisdeckel erst auf einem Niveau an, das in etwa doppelt so hoch liegt wie vor der Krise. Überdies gebe es einige Kunden, gerade im Bestandskundenbereich, die auch weiter unter den Gaspreishöhen der Deckel lägen, „die haben dann ohnehin einen niedrigeren Preis“. Für die EVB bedeuten die Strom- und Gaspreisbremsen aber einen enormen Aufwand, und zwar einen Daueraufwand. Das Unternehmen erhält ja das Geld, das es von den Kunden nicht reinholt, weil der Preis gedeckelt ist, vom Bund zurück. „Wir müssen diese entgangenen Einnahmen aber alle drei Monate nachweisen, und das ändert sich ja täglich. Der technische Aufwand ist für uns die Hölle“, so die EVB-Chefin.

Gebühren werden nicht wieder auf Schnäppchen-Größe sinken

Und mit diesem Winter sei die Sache ja für die EVB nicht erledigt. „Mal sehen wie es mit dem Wetter weitergeht.“ Den Daueraufwand bei der Beantragung der Ausgleichszahlungen aus den Töpfen der Preisbremsen der Bundesregierung werde man schon beim Strom und bedingt auch bei Gas weiter betreiben müssen. Niemand solle glauben, dass die Preise so weit runtergehen würden, „dass sie dann als Schnäppchen daherkommen“. Der nächste Winter komme bestimmt. Außerdem gehe auch die Umstellung auf „grüne Energie oder Flüssiggase“ nicht spurlos an der EVB vorbei. Sperling rechnet allein für die Umstellung der EVB-Leitungen auf diese Energieformen mit einem Aufwand von 30 Millionen Euro.

In der Beiratssitzung meldete sich dann auch die neue Jobcenter-Chefin Angela Schreiber zu diesem Thema zu Wort. „Wir haben massive Probleme mit diesem Thema.“ Die drohenden höheren Energiepreise sorgten für einen rauerer Ton zwischen den Jobcenter-Kunden und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. „Die Stimmung ist extrem aufgeladen.“

Man wisse nicht, auf welcher Grundlage man diese Preise, die aus Sicht der Kunden schwindelerregende Höhen erreichten, veranschlagen solle. „In den Richtlinien für die Zahlung der Kosten der Unterkunft für Jobcenter-Kunden sind diese Preise gedeckelt.“ Und dabei, so Schreiber, gehe es derzeit noch nicht einmal um jene Preise, die dann mit der neuen Abrechnungsperiode gelten würden.